

hörigkeit, respektieren wir uns als Gebende und Nehmende in einem Prozeß, von dessen Ausgang alles abhängt. Wir bieten Ihnen, meine Damen und Herren, als Arbeitsgruppe Umwelt der CDU-Fraktion dazu Herz und Hand. Lassen Sie uns zum Prinzip des verantwortlichen Umgangs mit unserer Umwelt umkehren. Wir sind herausgefordert zu einem Denken, das durch die vorrangige Beachtung der Ökologie bei allen wirtschaftlichen Entscheidungen bestimmt sein muß. Wir meinen, daß es notwendig ist, die Bewahrung der natürlichen Umwelt als Staatsziel in der Verfassung eines geeinten Deutschlands zu verankern.

(Beifall)

Wir müssen durch Aufklärung und Überzeugung bewirken, daß umweltbewußtes Verhalten nicht mitleidig belächeltes Außenseitertum bleibt, sondern in den Status einer selbstverständlichen und hochgeachteten Bürgertugend aufrückt.

(Vereinzelt Beifall)

Der Fortsetzung des Raubbaus an der Natur und ihre Zerstörung muß schnell und wirksam Einhalt geboten werden. Dafür sind neue Gesetze und Kontrollmechanismen ebenso notwendig, wie die daraus folgenden umfangreichen technischen Maßnahmen. Das alles kostet Geld, mehr, als wir jetzt und in naher Zukunft aus eigener Kraft aufbringen können. Das ist ein weiterer Grund, die Einheit unseres Vaterlandes schnell herbeizuführen; denn schnelle Hilfe tut not. Es verbietet sich von selbst, in einem langwierigen, eigenständigen Entwicklungsprozeß das Fortsetzen der Vergiftung dieses Landes und seiner Menschen zuzulassen. Sie dürfen, meine Damen und Herren, den Stolz über eine neu gewonnene Souveränität nicht über die Gesundheit der Menschen und ihrer Umwelt setzen. Genau damit haben unsere Vorgänger in diesem Hohen Hause dieses Land ruiniert. Ich möchte mit einem schlichten Liedvers abschließen, den einige von Ihnen kennen werden:

„Nach dieser Erde gäbe es keine, die eines Menschen Wohnung wär. Darum Menschen achtet und trachtet, daß sie es bleibt. Wem denn wäre sie ein Denkmal, wenn sie still die Sonn' umtreibt?“

Danke.

(Beifall)

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner:

Als nächster spricht als Vertreter der Fraktion DBD/DFD, die Abgeordnete Benze.

Abg. Frau Benze (DBD/DFD):

Herr Präsident! Verehrte Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir als stellvertretende Fraktionsvorsitzende der DBD/DFD-Fraktion einige ergänzende Bemerkungen zur Stellungnahme unserer Fraktion. Die gestrige Regierungserklärung hat Selbstbewußtsein ausgestrahlt. Wichtig wird sein, daß diese Absichtserklärung im täglichen Leben durch unsere Regierung umgesetzt wird. Wir können nicht übersehen, daß das praktische Leben vor allem in den letzten Monaten insbesondere für die Frauen Probleme sichtbar gemacht hat. Sie tragen in erster Linie nicht nur die positiven Errungenschaften einer Marktwirtschaft. Sie bleiben auch als erste auf der Strecke. Deshalb erwarten wir von der Regierung, daß das Recht auf ökonomische Unabhängigkeit durch eigene Berufstätigkeit für die Frauen in Stadt und Land gewährleistet bleibt, tragfähige Arbeitsbeschaffungs- und Umschulungskonzepte schnellstmöglich entwickelt und realisiert werden.

Sehr positiv aufgenommen haben wir die Erklärung, daß flexible Arbeitszeiten und die Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung in unserem Land durchgreifen sollen.

Bisher hatten wir ja das Prinzip der Vollbeschäftigung. Ich bin nie ein Verfechter der Vollbeschäftigung gewesen, aber, wie wir alle hier im Haus wissen, war es ja zu der Zeit auch gar nicht anders möglich und für viele Frauen notwendig.

Es kann aber nicht angehen, daß z. B. Frauen, die aus dem Babyjahr ins Berufsleben zurückkehren möchten, nicht wieder eingestellt werden. Dieses Problem habe ich ganz aktuell in meinem Wahlkreis, wo ich herkomme, aus dem Bezirk Halle.

Dem Bundesvorstand des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands liegt weiterhin die konkrete Information vor, daß Tausenden Frauen aus der Schuhindustrie das Aus droht, weil der Absatz ihrer Produkte durch den Großhandel nicht mehr gewährleistet ist.

Auch auf diesem Gebiet, wie in der Konsumgüterindustrie generell, ist der Schutz des Binnenmarktes dringend erforderlich, so wie es unsere Fraktion bereits in bezug auf die Land- und Nahrungsgüterwirtschaft gesagt hat. Den überwiegend weiblichen Beschäftigten darf es nicht so gehen, wie den 350 Arbeiterinnen und Arbeitern von „Elbflorenz“.

Verehrte Abgeordnete! Die in der Regierungserklärung gemachten Ausführungen zum Gesundheitswesen finden unsere Unterstützung, bedürfen jedoch einer Ergänzung hinsichtlich des wachsenden Systems von Polikliniken und Gesundheitseinrichtungen. Auch hier gibt es bereits willkürliche Entscheidungen zuungunsten der Bevölkerung.

So besteht in der Stadt Leipzig die Gefahr, daß durch Schließung von Außenstellen der Polikliniken die Mütterberatung und die medizinische Betreuung der Kinder in Kindereinrichtung! wegfällen soll. Das muß verhindert werden.

Weiterhin dürfen betriebliche Kindereinrichtungen aus rein ökonomischen Gründen nicht geschlossen werden wie es der PRISMA-Beitrag vom 12. April 1990, ebenfalls aus der Stadt Leipzig, erschreckend deutlich gemacht hat. Dieser Beitrag kam übrigens auf Initiative und unter Mitarbeit des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands zustande.

Die Bewahrung der Kindereinrichtungen und anderer sozialer Leistungen ist eine elementare Voraussetzung dafür, daß Frauen und Männer, Mütter und Väter gleichberechtigt und gleichverpflichtet Verantwortung in der Familie, in einer Lebensgemeinschaft oder anderen Formen des Zusammenlebens sowie für die Erziehung der Kinder wahrnehmen können.

Jene Überlegungen, den Frauen wieder bevorzugt einen Platz in Haus und Küche zuzuweisen, können von uns ebenso wenig akzeptiert werden, wie jene, die persönliche Entscheidungsfreiheit der Frauen darüber, wann sie ein Kind zur Welt bringen möchten, einzuschränken.

Nicht zuletzt könnte das auch positive Ausstrahlung auf d'~ Lage der Frauen in der Bundesrepublik haben und wäre e_____ wertvoller Beitrag, den die DDR selbstbewußt und mit Würde in die deutsche Vereinigung einbrächte.

Wir sind der Auffassung, daß sich mit diesen Fragen nicht nur die Regierung, sondern auch der Ausschuß für Familie und Frauen grundsätzlich und vorrangig beschäftigen muß und hier möchte ich sagen, unsere Fraktion hat mich persönlich als stellvertretende Ausschußvorsitzende für diesen Ausschuß vorge schlagen, und ich hoffe und wünsche eine sachliche Zusammenarbeit, speziell auch mit unserer Ministerin, und mit der Regierung insgesamt eine konstruktive Zusammenarbeit, die manchmal hier im Hohen Hause zu vermissen ist.

(Beifall vor allem bei DBD/DFD und PDS)

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner :

Danke schön. Als nächster spricht für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Dr. Altmann.

Abg. Dr. Altmann (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mir sind im Ohr die Klagen des behinderten Abgeordneten von gestern, der auf seinem Faltfaher nicht mal einen Tisch hat. Er fühlt sich am Rande. Ich habe in dem großen Haus mit den 1000 Zimmern da